



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordneter Guido Henke (DIE LINKE)

### **Sinkende Zahl der Sozialwohnungen, Erfassung von Sozialwohnungen, steigende Wohngesamtkosten**

Kleine Anfrage - KA 6/7969

#### **Vorbemerkung des Fragestellenden:**

Wie die Tageszeitung „Neues Deutschland“ am 13. Juni 2013 berichtete, geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Caren Lay (DIE LINKE) hervor, dass die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland weiter sinkt.

In dieser Antwort wird für das Land Sachsen-Anhalt der Bestand an gebundenen Mietwohnungen aus der Wohnraumförderung zum 31. Dezember 2010 mit 31.298 angegeben. Angaben für das Jahr 2011 lagen nach Aussagen der Bundesregierung für Sachsen-Anhalt nicht vor.

In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abg. Guido Henke (6/1513) zur Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus in Sachsen-Anhalt wird ausgeführt, dass es keine statistischen Daten der Jahre 2006 bis 2011 darüber gibt, wie viele Wohnungen in Sachsen-Anhalt dem Wohnraumfördergesetz unterlagen.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die soziale Wohnraumförderung im Zuge der Föderalismusreform I ab 2007 vollständig an die Länder übertragen wurde und daher eine Bundesstatistik nicht mehr geführt werde.

#### **Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr**

- 1. Verfügt die Landesregierung über Kenntnisse, aus welcher Quelle die Bundesregierung Zahlenangaben zum Bestand an gebundenen Mietwohnungen aus der Wohnraumförderung in Sachsen-Anhalt zum 31. Dezember 2010 vorlegen konnte?**

(Ausgegeben am 09.07.2013)

Gemäß der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Jan Mücke vom 31. Juli 2012 auf die Anfrage der Bundestagsabgeordneten Caren Lay (DIE LINKE) gibt es in Deutschland keine Bundesstatistik zu der Zahl der gebundenen Mietwohnungen. Jedoch lägen Schätzungen vor, die zwar nicht genau den in der Frage genannten Stichtagen entsprechen, aber in enger zeitlicher Nähe zu diesen liegen.

**2. Wie bewertet die Landesregierung die Verlässlichkeit und die Aussagekraft dieser Zahl in der Antwort der Bundesregierung?**

Nachdem im November 2012 der Bericht zur Stadtentwicklung und zum Stadtumbau Ost sowie zur Mieten- und Wohnungsmarktentwicklung im Land Sachsen-Anhalt (Berichtsjahre 2010/2011) fertig gestellt war, lagen die Zahlen für Sachsen-Anhalt vor. Danach stehen den vom Bund geschätzten 31.298 Wohnungen per 31. Dezember 2010 36.036 Wohnungen mit Belegungsbindung gegenüber. Eine Bewertung der Verlässlichkeit und Aussagekraft der Zahl in der Antwort der Bundesregierung erübrigt sich damit.

**3. Sieht sich die Landesregierung veranlasst, künftig eigene Erhebungen vorzunehmen, um die Entwicklungstendenzen bei der Anzahl von geförderten Mietwohnungen jeweils zum 31. Dezember der Jahre 2002 bis 2012, die einer Mietpreis- und/oder Belegungsbindung nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz bzw. seit 2002 nach dem Wohnraumförderungsgesetz unterlagen bzw. unterliegen, zu beobachten? Wenn nein, weshalb nicht?**

Ab dem Jahre 2002 erfolgten, durch das Land veranlasst, in Abständen Erhebungen zum Auslaufen der Belegungsbindungen und zum Bestand der belegungs- und mietpreisgebundenen Wohnungen durch die Regierungspräsidien bzw. das Landesverwaltungsamt. Nach der Kreisgebietsreform im Jahre 2007 wurde das Auslaufen der Belegungsbindungen bis zum Jahre 2020 und weiter bis zum Jahre 2022 erfragt. Daraus wurde jetzt zur Beantwortung der Kleinen Anfrage rechnerisch der Bestand in den Landkreisen und kreisfreien Städten ermittelt. Die Meldungen der Landkreise in den Jahresabfragungen sind allerdings schwankend.

**4. Wie hoch war in Sachsen-Anhalt die Zahl der geförderten Mietwohnungen jeweils zum 31. Dezember der Jahre 2002 bis 2012, die einer Mietpreis- und/oder Belegungsbindung nach dem Zweiten Wohnungsbaugesetz bzw. seit 2002 nach dem Wohnraumförderungsgesetz unterlagen bzw. unterliegen?**

Statistische Angaben hierzu liegen nicht vor.

Die vorgelegten Angaben ergeben sich aus den Meldungen der Landkreise und kreisfreien Städte und wurden aktuell rechnerisch ermittelt, nachdem nunmehr alle Meldungen der Landkreise vorlagen.

2002	66.249	2008	43.212
2003	74.211	2009	37.670
2005	74.205	2010	36.020
2006	68.128	2011	32.815
2007	55.032	2012	27.879

**5. Wie hoch war die in Frage 4 erfragte Zahl der Mietwohnungen jeweils zum 31. Dezember der Jahre 2008 bis 2012 in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten?**

Diese Zahlen liegen in der gewünschten Form (als Bestand) nicht vor. Abgefragt wurde von den Landkreisen und kreisfreien Städten jeweils das Auslaufen von Belegungsbindungen. Zur Ermittlung der gewünschten Angaben wurde das Auslaufen der Belegungsbindung zur Bestandsermittlung herangezogen.

	Anzahl der geförderten Mietwohnungen, die einer Belegungsbindung unterlagen				
	2008	2009	2010	2011	2012
Landkreis Anhalt Bitterfeld	1945	1376	1217	1120	634
Landkreis Börde	2120	1678	1565	1172	763
Landkreis Burgenland	4066	3821	3699	3269	2959
Stadt-Dessau Rosslau	1119	1116	949	807	545
Stadt Halle	7061	5071	5031	4962	4718
Landkreis Harz	2652	2363	2221	2104	1677
Landkreis Jerichower Land	1623	1446	1359	1206	922
LHS Magdeburg	9866	9824	9714	9110	8165
Landkreis Mansfeld Südharz	1768	1549	1460	1366	1250
Landkreis Saalekreis	2506	1671	1585	1508	1457
Salzlandkreis	3757	3383	3185	2672	2325
Altmarkkreis Salzwedel	1192	1047	919	797	625
Landkreis Stendal	2008	1929	1848	1682	1157
Landkreis Wittenberg	1529	1396	1268	1040	682
	<b>43212</b>	<b>37670</b>	<b>36020</b>	<b>32815</b>	<b>27879</b>

**6. Wie hoch war die Anzahl der Personen, die in den Jahren 2008 bis 2012 in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten über eine Wohnberechtigungsbescheinigung verfügten und mit Wohnraum versorgt wurden?**

Mitgeteilt wird die Erfassung der erteilten Wohnberechtigungsbescheinigungen (WBS) in den Jahren 2008 bis 2011 - jeweils zum 31.12. des Jahres. Die Wohnberechtigungsbescheinigungen gelten jeweils für ein Jahr.

Da die Erfassung der ausgestellten WBS in zweijährigem Rhythmus erfolgt, liegen für den Stichtag 31. Dezember 2012 die Ergebnisse noch nicht vor. Die Erfassung von Wohnberechtigungsbescheinigungen erfolgte in den Landkreisen und kreisfreien Städten nicht nach Anzahl der Personen. Es wurde nur die Anzahl der Wohnberechtigungsbescheinigungen erfasst.

Die Anzahl der in den Jahren 2008 bis 2011 ausgestellten Wohnberechtigungsbescheinigungen ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Der Zugang für staatlich geförderte Wohnungen ist gemäß Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) an die Einhaltung bestimmter Voraussetzungen (Einkommengrenzen, Wohnungsgrößen u. a.) gebunden. Die Wohnungsbauförderstellen „vermitteln“ keine Wohnungen. Sie prüfen lediglich die Anspruchsvoraussetzungen für die Erteilung einer Wohnberechtigungsbescheinigung. Werden Mietverträge abgeschlossen, erfolgt die Rückmeldung an die Wohnungsbauförderstellen in Form einer der Wohnberechtigungsbescheinigung beigefügten Überlassungsmitteilung. Nicht jeder Inhaber einer Wohnberechtigungsbescheinigung bezieht in Folge auch eine geförderte Wohnung, sondern bedient sich auch des nicht belegungsgebundenen Wohnungsbestandes bei Wohnungsunternehmen oder privaten Vermietern. In diesen Fällen kann hier keine Aussage getroffen werden, weil keine Rückinformationen an die Wohnungsbauförderstellen erfolgen.

Anzahl der erteilten Wohnberechtigungsscheine

<b>Landkreis/kreisfreie Stadt</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
LK Anhalt-Bitterfeld	280	281	250	86
LK Börde	234	207	195	202
LK Burgenland	352	293	270	187
Stadt Dessau-Roßlau	109	100	107	95
Stadt Halle-Saale	965	901	878	786
LK Jerichower Land	244	202	183	113
Landkreis Harz	324	292	288	192
Stadt Magdeburg	1124	1144	991	798
LK Mansfeld-Südharz	106	103	95	88
LK Salzwedel	164	145	146	111
LK Stendal	393	351	307	210
LK Saalekreis	154	119	133	120
LK Salzlandkreis	355	291	286	246
LK Wittenberg	357	290	247	152
<b>LSA gesamt:</b>	<b>5161</b>	<b>4719</b>	<b>4376</b>	<b>3386</b>

**7. In welcher Weise will sich die Landesregierung dem Wohnen in Sachsen-Anhalt als soziale Frage vor dem Hintergrund steigender Gesamtwohnkosten widmen?**

Im Rahmen der Beantwortung der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Guido Henke (DIE LINKE), Drs. 6/2073 wurde dargelegt, dass die aktuelle Wohnungsmarktsituation im Land durch hohe Leerstände und ein eher niedriges Mietpreisniveau<sup>1</sup> gekennzeichnet ist. Aus diesem Grunde können belegungsgebundene Wohnungen zum Teil nur vermietet werden, wenn eine Freistellung von der Einhaltung der Einkommensgrenze sowie auch der Wohnungsgröße und/oder des Belegungsvorranges erfolgt. Von den in den Jahren 2010 und 2011 jeweils über 14.000 genehmigten Freistellungen waren jeweils über 9.000 Freistellungen von der Einkommensgrenze. Vor diesem Hintergrund besteht über die Gewährung der bestehenden staatlichen und kommunalen Transferleistungen hinaus derzeit kein weitergehender Handlungsbedarf.

---

<sup>1</sup> Monatlich durchschnittlich 4,48 Eur/m<sup>2</sup>